

## Konstituierende Nationalversammlung. — 20. Sitzung am 31. Mai 1919.

100/I

K. N. V.

## Anfrage

der

Abgeordneten Franz Spalowsky, Dr. Rigner und Genossen  
an den Herrn Staatssekretär für Finanzen, betreffend den sozial-  
demokratischen Terrorismus gegen die Mitglieder des christlichen  
Tabakarbeiterverbandes in der Tabakfabrik in Linz.

Nach dem Delegiertentag der Werkmeister und Aufseher der deutschösterreichischen Tabakregie, welcher vom 23. bis 25. März 1919 in Linz stattfand, schlossen sich sowohl die Werkmeister als auch die Aufseher und, wie es heißt, auch die Beamten der Tabakfabrik Linz dem sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbände an. Diese Tatsache war der Ausgangspunkt zu einer wüsten terroristischen Agitation gegen die Mitglieder des christlichen Tabakarbeiterverbandes. Diesen wurde erklärt, daß sie unbedingt alle der sozialdemokratischen Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen beitreten müssen, wenn nicht, würden die Sozialdemokraten mit den Christlichen nicht arbeiten. Diese Drohung, sowie die, daß diejenigen, welche sich nicht sozialdemokratisch organisieren, aus der Tabakfabrik entlassen werden, keine Pension erhalten usw., bewirkten, daß im Laufe mehrerer Wochen sich viele einschüchtern ließen und gegen ihre Überzeugung der sozialdemokratischen Organisation beitraten. Andere christliche Arbeiterinnen, die sich weigerten, sozialdemokratisch zu werden, wurden mit Gewalt dazu gezwungen. Dafür folgendes Beispiel:

Am Freitag, den 2. Mai gingen die in der feinen Rauchtabakvorrückung arbeitenden christlichen Arbeiterinnen, welche an einem Tische gemeinsam zu arbeiten hatten, nach dem Verlesen wie gewöhnlich zu ihrer Arbeit. Dort stand schon die Arbeiterschaft aus dem ganzen Saale beisammen und die Anführerinnen verlangten den Beitritt der Christlichen zur sozialdemokratischen Organisation.

Als diese sich wieder weigerten und alles Zureden nichts nützte, begannen die Sozialdemokraten den Tabak von der Arbeitstafel wegzunehmen und schließlich den Arbeitstisch selbst zu entfernen. Als sie das getan hatten, sagten sie: „So, jetzt arbeitet weiter, wenn ihr könnt!“ Die auf diese Art bedrängten Arbeiterinnen wandten sich an den Abteilungsleiter, der sie zum Direktor führte. Auch dies nützte nichts, und in der Furcht, wirklich die Arbeit zu verlieren, ließen sie sich bei der sozialdemokratischen Gewerkschaft als Mitglieder aufnehmen, worauf sie Ruhe hatten.

Ein zweiter Fall ist der der Übernehmerin Maria Schittler. Die sozialdemokratischen Arbeiterinnen erklärten ihr, daß sie ihr keine Zigarren mehr zur Übernahme geben würden, wenn sie nicht zur sozialdemokratischen Organisation beitrete. Die Übernehmerin meldete dies dem Abteilungsbeamten, der sie dem Direktor vorführte. Dieser fragte sie, was sie machen werde, wenn ihr die Leute keine Zigarren mehr übergeben würden. Maria Schittler erklärte, der sozialdemokratischen Organisation nicht beizutreten, lieber bleibe sie zu Hause. Tatsächlich ist die Übernehmerin gegenwärtig noch immer beurlaubt.

Gegenüber diesen skandalösen Vorgängen, durch die das Koalitionsrecht und die Koalitionsfreiheit der christlichen Arbeiterschaft mit Füßen getreten wird, noch dazu in einem Staatsbetriebe, wird der Herr Staatssekretär für Finanzen gefragt:

## Konstituierende Nationalversammlung. — 20. Sitzung am 31. Mai 1919.

„Was er zu tun gedenke, um in den staatlichen Tabakfabriken solche Vorfälle hintanzuhalten, die Koalitionsfreiheit aller beschäftigten Arbeitspersonen zu schützen und gegen den sozialdemokratischen Terror die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen?“

Ob er geneigt ist, die durch den sozialdemokratischen Terror um ihren Verdienst gebrachte Übernehmerin Maria Schittler in jeder Hinsicht schadlos zu halten und dafür zu sorgen, daß sie künftighin unbelästigt ihrem Erwerb nachgehen kann?“

Wien, 31. Mai 1919.

Dr. M. Mayr.  
Seipel.  
Kollmann.  
Steinegger.  
Dr. Ramek.  
Dr. Reisch.

Spalowsky.  
Dr. J. Nigler.  
Chr. Fischer.  
Dr. Burjan.  
L. Runschak.  
Leop. Höchtel.